

Martin Kurze

Personen und Strukturen der Sozialen Dienste in der Justiz

Veröffentlichungsversion / Published Version

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit dem Forum Verlag Godesberg

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Kurze, M. (1996). Personen und Strukturen der Sozialen Dienste in der Justiz. *Bewährungshilfe* 43(1996), 2, S. 145–157.

urn:nbn:de:hebis:2378-opus-1205

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung – keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of Use:

This document is made available under a Deposit Licence (No redistribution – no modifications). We grant a non-exclusive, nontransferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, noncommercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

Kontakt / Contact

URL: krimpub.krimz.de

E-Mail: krimpub@krimz.de

KrimPub

Dokumentenserver der Kriminologischen Zentralstelle

Personen und Strukturen der Sozialen Dienste in der Justiz

MARTIN KURZE

Die nachfolgenden Ausführungen beziehen sich auf ein von der Kriminologischen Zentralstelle durchgeführtes Forschungsprojekt zu den Sozialen Diensten in der Justiz. In diesem Zusammenhang bat die KrimZ sämtliche Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen der Sozialen Dienste im Dezember 1994 bzw. Januar 1995 um Mitarbeit an einer schriftlichen Befragung, die Aufschluß über Tätigkeiten, Anforderungen und Schwierigkeiten in der Sozialen Strafrechtspflege geben sollte.¹ Die vorliegende Darstellung behandelt einige Ausschnitte der in der Befragung angesprochenen Themen: Geschlecht, Ausbildung, beruflicher Status und Werdegang, Berufserfahrungen, Fort- und Weiterbildungsprofile der Teilnehmer. Die Befragungsdaten werden durch Befunde zu den organisatorischen Rahmenbedingungen sozialer Arbeit in der Strafrechtspflege ergänzt, die aus dem DBH-Adreßverzeichnis gewonnen wurden.

Erste Befunde zur Struktur der Sozialen Dienste – das DBH-Adreßverzeichnis

1995 wurde von der Deutschen Bewährungshilfe (DBH) ein Adreßverzeichnis zu den Sozialen Diensten in der Justiz veröffentlicht.² Dieses umfaßt alle zur Jahreswende 1994/95 hauptamtlich in den Sozialen Diensten der Justiz tätigen Mitarbeite-

rinnen und Mitarbeiter, einschließlich der in der Sozialarbeit des Strafvollzugs tätigen Beschäftigten. Ihre Zuordnung zu einzelnen Dienststellen bzw. Tätigkeitsbereichen ermöglicht erste Erkenntnisse über das Organisationsgefüge in den einzelnen Ländern, aber auch über die dort tätigen Personen. Bevor also Ergebnisse der Befragung vorgestellt werden, mag es sinnvoll erscheinen, sich über einige Merkmale der Grundgesamtheit aller Beschäftigten zu informieren.³

Für die Tätigkeitsbereiche Gerichts-, Bewährungshilfe und Führungsaufsicht weist

1 Die Mehrheit der bundesweit rd. 2600 angeschriebenen Personen hat sich der nicht unerheblichen Mühe unterzogen, den Fragebogen zu beantworten. Für dieses Engagement sei an dieser Stelle herzlich gedankt. Zum KrimZ-Forschungsprojekt vgl. ausführlich JEHL, J.-M. (1994): Soziale Dienste in der Justiz. In: JEHL, J.-M., SOHN, W. (Hg.), Organisation und Kooperation der Sozialen Dienste in der Justiz, KUP-Schriftenreihe der Kriminologischen Zentralstelle, Bd. 14, Wiesbaden, S. 13–28; KURZE, M. (1995): Empirische Grundlagen zu den Sozialen Diensten in der Justiz. In: BewHi 1/95, S. 51–55.

2 Vgl. Deutsche Bewährungs-, Gerichts- und Straffälligenhilfe (Hrsg.) (1995): Die Sozialen Dienste der Justiz. Verzeichnis der hauptamtlichen Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen. Ausgabe 1995. Bonn. Forum Verlag. Das Adreßverzeichnis wurde der KrimZ von der DBH in Diskettenform für die Vorbereitung der Untersuchung zur Verfügung gestellt. Ohne diese Unterstützung hätte sich die Erhebung erheblich in die Länge gezogen. Dafür sei der DBH an dieser Stelle herzlich gedankt.

3 Allerdings ist darauf zu verweisen, daß es sich auch bei diesem Gesamtverzeichnis um eine Querschnittserhebung mit beschränkter Aussagekraft handelt: Neueinstellungen, Beurlaubungen oder verschiedene Möglichkeiten der Beendigung des Arbeitsverhältnisses mindern die Aktualität dieses Verzeichnisses. Zudem wurde mit dem Adreßverzeichnis auch nicht das Ziel verfolgt, Strukturen abzubilden. Ferner wurde das DBH-Verzeichnis für die Untersuchungszwecke bearbeitet. Die im folgenden genannten Zahlen für die Dienststellen und Beschäftigten stimmen also nicht mehr exakt mit denen des später veröffentlichten Adreßverzeichnisses (siehe Fn. 2) überein.

das DBH-Adreßverzeichnis – nach der KrimZ-internen, auf die Untersuchungszwecke ausgerichteten Überarbeitung – insgesamt 479 Dienststellen aus, denen 2699 Personen zugeordnet sind. Da jedoch in einigen Ländern ein einheitlicher Sozialer Dienst der Justiz eingerichtet wurde, ist aufgrund dieser Daten nicht exakt festzustellen, wieviele Personen in Deutschland nun jeweils den einzelnen Tätigkeitsbereichen zugeordnet werden können. Die nachfolgende Tabelle weist den „Sozialdienst der Justiz“ demnach als eigene Rubrik aus; sie umfaßt die Sozialen Dienste in den Ländern Brandenburg, Bremen, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen-Anhalt, Saarland und Berlin (Erwachsene). Sämtliche hier nicht genannten alten Bundesländer einschließlich der Bewährungshilfe für Jugendliche und Heranwachsende in Berlin und die neuen Länder Sachsen⁴ und Thüringen weisen ihre Bewährungs- bzw. Gerichtshilfestellen in dem Adreßverzeichnis gesondert aus.⁵ Eigens mit Sozialarbeitern ausgestattete Führungsaufsichtsstellen finden sich in Berlin, Hamburg, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Mecklenburg-Vorpommern und Rheinland-Pfalz.⁶

4 Diese Aussage bezieht sich auf den Zeitraum, in dem die KrimZ-Befragung durchgeführt wurde. In der Zwischenzeit hat das Land Sachsen zum 1.9.1995 einen einheitlichen Sozialen Dienst der Justiz eingerichtet, vgl. auch VwV Sozialer Dienst des Sächsischen Staatsministeriums der Justiz vom 4.8.1995. In der Darstellung der Ergebnisse wird das Land Sachsen aufgrund der verwendeten Erhebungsbögen zu den Ländern mit der traditionellen Aufteilung der Dienste gezählt.

5 Mit Ausnahme von Berlin und Hamburg zählen die Sozialen Dienste zum Zuständigkeitsbereich der Justiz. In Hamburg sind dagegen die beiden Bewährungshilfen für Jugendliche und Heranwachsende anderen Behörden zugeordnet, in Berlin zählt die Jugendbewährungshilfe nicht zum Justizbereich. Um diesen Konstellationen gerecht zu werden, werden die Ergebnisse zum Teil für die einzelnen Dienste dieser Länder gesondert berichtet. Dieser Umstand erklärt auch, warum an einigen Textstellen die Formulierung „für die Justiz“ statt „in der Justiz“ gebraucht wurde.

6 Auch diese Personen wurden in die Befragung miteinbezogen. Über die Ergebnisse dieser Befragung wird gesondert berichtet.

Weiterhin ist zu ergänzen, daß mit dem Begriff der Dienststelle in den einzelnen Ländern z. T. Unterschiedliches impliziert wird. So gibt es etwa in Bremen, dem Saarland und den für die Erwachsenen zuständigen Sozialen Dienst in Berlin zuweist eine zentrale Dienststelle, der jedoch kleinere, z. T. regional verstreute Einheiten angegliedert sind.⁷ Derartige Besonderheiten wurden in der Tab. 1 – auch im Hinblick auf eine einigermaßen zutreffende Charakterisierung der Organisationsstrukturen in den Ländern – unter der Spalte „Dienststellen II“ berücksichtigt, wobei der Begriff der Dienststelle als kleinste, relativ selbständige Organisationseinheit verstanden werden sollte.

Tab. 1: Soziale Dienste in der Justiz
nach Dienststellen und Beschäftigten

Tätigkeits- gebiet	Dienststellen I		Dienststellen II		Beschäftigte	
	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%
Bewährungshilfe	319	66,5	319	64,8	2050	76,0
Gerichtshilfe	85	17,7	85	17,2	214	7,9
Soz. Dienst d. J.	50	10,4	63	12,8	395	14,6
Führungsaufsicht	25	5,2	25	5,2	40	1,5
Insgesamt	479	100	492	100	2699	100

Dienststellen I: Anzahl der Dienststellen lt. DBH-Adreßverzeichnis; *Dienststellen II:* Anzahl der Dienststellen, einschl. Regionalstellen und Außenstellen (Berlin; ohne Dienstgruppen), Bezirke, Geschäftsstellen bzw. Arbeitsgruppen (Bremen), Außenstellen (Saarland) Quellen: DBH-Adreßverzeichnis, eigene Recherchen, eigene Berechnungen

Etwa jeder siebte in der ambulanten sozialen Strafrechtspflege Tätige arbeitet in einem Sozialen Dienst der Justiz, der sämtliche den Zuständigkeitsbereich von Sozialarbeit in der Strafrechtspflege umfassende Tätigkeiten organisatorisch un-

7 In Berlin existieren neben einer zentralen Dienststelle weitere 12 Regional-, Außen- bzw. Sprechstellen, die z.T. wiederum mit einer unterschiedlichen Anzahl eigenständiger Dienstgruppen untergliedert sind. Angesichts der derzeitigen Umbruchsphase in Berlin, die von einer einzigen zentralen Dienststelle zu einer stärkeren Regionalisierung mit dem Ziel eines einheitlichen sozialen Dienstes führen soll, läßt sich hier die endgültige Ausgestaltung der Organisationsstruktur noch nicht absehen. Eigenen Recherchen zufolge

ter einem Dach vereint. Damit ist noch nichts darüber ausgesagt, durch wen oder in welcher Form die erforderlichen Tätigkeiten ausgeführt werden. Die betreffenden Länder haben ihren Sozialen Dienst hinsichtlich der Zuordnung von Personen und Tätigkeitsgebieten unterschiedlich ausgestattet.⁸ Die Konzeptionen reichen von einer bloßen organisatorischen Zusammenfassung von Bewährungs- und Gerichtshilfe bis hin zur „Allzuständigkeit“ des einzelnen Beschäftigten, die sich mit der Vorstellung einer durchgehenden Betreuung verbindet.

Die absolute Zahl der in einem Sozialen Dienst Beschäftigten ist im Vergleich zur „klassischen“ Gerichts- und Bewährungshilfe allerdings relativ gering. Da sich unter dieser Bezeichnung ohnehin verschiedene inhaltliche Ausgestaltungen versammeln, läßt sich wohl zur Zeit noch kein vorherrschendes Alternativmodell zur klassischen Aufteilung herauskristallisieren.

Das zur Zeit vorherrschende Modell, das die organisatorischen Rahmenbedingungen für etwa 85% der Beschäftigten weitgehend zutreffend beschreibt, sieht dagegen getrennte Aufgabenbereiche und

Ressortierungen von Gerichts- und Bewährungshilfe, ggfs. auch mit Sozialarbeitern ausgestattete Führungsaufsichtsstellen vor. Für den Außenstehenden ist klar ersichtlich, wie die hier Beschäftigten eingesetzt werden. Demnach sind drei von vier Sozialarbeitern, die für oder in der Justiz arbeiten, in der Bewährungshilfe tätig, weitere rund 8% in der Gerichtshilfe und 1,5% in Führungsaufsichtsstellen. Allerdings zeigen hier die KrimZ-Umfrageergebnisse, daß insbesondere bei der Gerichtshilfe eine erhebliche Diversifikation der Tätigkeiten eingetreten ist, die eine bundesweit gültige Arbeitsplatzbeschreibung fast unmöglich erscheinen lassen.⁹ Vergleichsweise homogen erwies sich bei der Umfrage dagegen das Arbeitsfeld Bewährungshilfe, auch wenn hier teilweise von den Beschäftigten in unterschiedlichem Umfang auch Aufgaben im Rahmen der Führungsaufsicht wahrgenommen werden.

Angesichts dieser grundsätzlichen Unterschiede erscheint es sinnvoll, sich getrennt nach den ausgewiesenen Tätigkeitsgebieten mit den weiteren Organisationsmerkmalen zu beschäftigen.

Zur Größe der Dienststellen in der traditionellen Bewährungshilfe

Die Zuordnung von Personen zu ihren jeweiligen Dienststellen, wie sie im Adreßverzeichnis vorzufinden ist, ermöglichte eine Auszählung der einzelnen Dienststellen nach der Anzahl der dort Beschäftigten. In einem weiteren Schritt wurden

wird jedoch für die kleinste Organisationseinheit – die Dienstgruppen – eine Personalstärke zwischen sieben und neun Mitarbeitern angestrebt. Auch im Saarland bestehen neben einer zentralen Dienststelle in Saarbrücken zwei weitere, als relativ selbstständig zu betrachtende Außenstellen in Neunkirchen und Saarlouis. In Bremen weicht die tatsächliche Aufgliederung des Sozialen Dienstes von der im Adreßverzeichnis ausgehenden ab: intern gliedert sich hier der Soziale Dienst in sieben kleinere Einheiten, denen zwischen drei und sieben Mitarbeiter/innen zugeordnet sind.

⁸ Vgl. zusammenfassend Block, P. (1993). Rechtliche Strukturen der Sozialen Dienste in der Justiz. KUP-Schriftenreihe Band 11, Kriminologische Zentralstelle, Wiesbaden. Bezüglich neuerer Entwicklungen vgl. etwa für Brandenburg von BERNSTORFF, C. (1994): Der Soziale Dienst der Justiz in Brandenburg. In: BewHi 3/94, S. 233–243; für Sachsen-Anhalt WEGENER, H. (1994): Der Soziale Dienst der Justiz im Lande Sachsen-Anhalt. In: BewHi 3/94, S. 244–253.

⁹ Vgl. KURZE, M. (1996). Hauptergebnisse der bundesweiten Befragung der Sozialen Dienste in der Justiz. In: EGG, R., JEHL, J.-M. & MARKS, E. (Hrsg.): Aktuelle Entwicklungen in den Sozialen Diensten der Justiz. (In Vorbereitung)

die Einzelergebnisse in Gruppen zusammengefaßt: kleine Dienststellen mit maximal drei Mitarbeitern, mittlere mit vier bis neun Mitarbeitern und große Dienststellen mit mehr als neun Mitarbeitern. Die bundesweite Auszählung für die traditionelle Bewährungshilfe findet sich in der nachfolgenden Tabelle.

Tab. 2: Größenstrukturen in der Bewährungshilfe

Größe der Dienststellen in der Bewährungshilfe	Dienststellen Anzahl %	Beschäftigte Anzahl %
„klein“: 1 bis 3 Mitarbeiter	115 36,1	265 12,9
„mittel“: 4 bis 9 Mitarbeiter	141 44,2	825 40,3
„groß“: 10 u. mehr Mitarbeiter	63 19,7	960 46,8
Insgesamt	319 100	2050 100

Quelle: DBH-Adreßverzeichnis, eigene Berechnungen

Demnach läßt sich eine Dominanz einer bestimmten Größenordnung auf Bundesebene nicht feststellen. Zwar ist mehr als jede dritte Dienststelle mit maximal drei Mitarbeitern besetzt, umgekehrt arbeiten jedoch nur rund 13% der Bewährungshelfer in kleinen Dienststellen. Kennzeichnender für die Strukturen der traditionellen Bewährungshilfe sind eher mittlere und größere Dienststellen. Auf der Ebene der einzelnen Bundesländern finden sich jedoch andere, vom Bundesdurchschnitt abweichende Ergebnisse: So wird etwa die Größenstruktur der Bewährungshilfen in Schleswig-Holstein und Thüringen entschieden durch kleine Dienststellen geprägt; 42% (SH) bzw. 60% (TH) der hier Tätigen arbeiten in kleinen Dienststellen. Dagegen dominieren in Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz, Sachsen und Hamburg Dienststellen mit einer Personalstärke von zehn und mehr Mitarbeitern. 55% (NW), 54% (RP), 57% (SN) bzw. 81% (HH) der jeweils hier in der Bewährungshilfe Beschäftigten finden sich in diesen größeren Dienststellen. Für Baden-Württemberg mit 48%, Bayern mit 49% und Niedersachsen mit

50% aller Beschäftigten sind eher Dienststellen mittlerer Größenordnung kennzeichnend. Hessen spiegelt als einziges Land am ehesten das bundesweite Ergebnis wider: 14% der Beschäftigten in kleinen sowie jeweils rund 43% aller Beschäftigten in mittleren bzw. großen Dienststellen.

Zur Größe der Dienststellen in der traditionellen Gerichtshilfe

Bei der traditionellen Gerichtshilfe wird eine derartig vorgenommene Größeneinteilung den tatsächlichen Verhältnissen nicht gerecht. Rund 2/3 aller Beschäftigten bzw. mehr als 4/5 aller verzeichneten Dienststellen würden in die Kategorie der kleinen Dienststellen mit bis zu drei Mitarbeitern fallen. Tab. 3 zeigt demnach bis zu einer Größenordnung von fünf Mitarbeitern die exakte Besetzung der einzelnen Gerichtshilfestellen.

Tab. 3: Größenstrukturen in der Gerichtshilfe

Größe der Dienststellen in der Gerichtshilfe	Dienststellen Anzahl %	Beschäftigte Anzahl %
1 Mitarbeiter	23 27,0	23 10,7
2 Mitarbeiter	29 34,1	58 27,1
3 Mitarbeiter	19 22,4	57 26,6
4 Mitarbeiter	6 7,1	24 11,2
5 Mitarbeiter	5 5,9	25 11,7
mehr als 5 Mitarbeiter	3 3,5	27 12,6
Insgesamt	85 100	214 100

Quelle: DBH-Adreßverzeichnis, eigene Berechnungen

Nur in zwei Gerichtshilfestellen in Hessen sowie in Hamburg finden sich mehr als fünf Gerichtshelfer in einer Dienststelle. Ansonsten bringen bei der geringen Variation der Personalstärken Ländervergleiche wenig neue Erkenntnisse. Auffallend war hier lediglich, daß in Rheinland-Pfalz die Gerichtshilfe vor Ort jeweils durch einen

Beschäftigten repräsentiert wird, in Sachsen und Thüringen keine Gerichtshilfe mehr als drei bzw. zwei Mitarbeiter aufweist; für Nordrhein-Westfalen ist eine Besetzung mit zwei Beschäftigten charakteristisch, 11 der 19 verzeichneten Dienststellen weisen diese Stärke aus.

Tab. 4: Größenstrukturen im Sozialen Dienst der Justiz (ohne Berlin)

Größe der Dienststellen Soziale Dienst der Justiz	Dienststellen		Beschäftigte	
	Anzahl	%	Anzahl	%
1 bis 3 Mitarbeiter	23	46	55	21,9
4 bis 9 Mitarbeiter	23	46	142	56,6
10 und mehr Mitarbeiter	4	8	54	21,5
Insgesamt	50	100	251	100

Quelle: DBH-Adreßverzeichnis, eigene Berechnungen

Dienststellen: ausgewiesene Dienststellen, einschließlich Bezirke, Geschäftsstellen bzw. Arbeitsgruppen (Bremen), Außenstellen (Saarland)

Die Größe der Dienststellen im Sozialen Dienst der Justiz

Kennzeichnend für die Länder, in denen die Aufgaben der Gerichts- und Bewährungshilfe unter einem Dach vereint wurden, sind Organisationseinheiten mittlerer Größenordnung. Dieses Bild würde sich auch dann nicht wesentlich verändern, wenn der im Entstehen begriffene Soziale Dienst Berlin in die Tab. 4 einbezogen würde. Wenn das dortige Konzept, welches eigenständige Dienstgruppen mit jeweiligen Sollstärken von sieben bis neun Mitarbeitern vorsieht, endgültig umgesetzt sein wird, würde dies für Berlin bedeuten, daß rd. 100 der 140 Beschäftigten ebenfalls den „Dienststellen“ mittlerer Größenordnung zuzuordnen wären.

Auch auf der Ebene der jeweiligen Länder spiegelt sich dieses Gesamtbild wider: So arbeiten neben Berlin in Bremen, Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen-Anhalt die meisten Beschäftigten dieser Länder in mittleren Organisationseinheiten. Indes sind in Brandenburg 15 der 19 Dienststellen mit maximal drei Mitarbeitern besetzt, dies entspricht rd. 62% der dort Beschäftigten. Die 37 Mitarbeiter des Sozialen Dienstes im Saarland verteilen sich in etwa hälftig auf die beiden Außenstellen und die „Zentrale“ in Saarbrücken.

Ein naheliegender Vergleich der Größenstrukturen zwischen den Ländern mit einer „traditionellen“ Bewährungshilfe und den Ländern mit einem einheitlichen Sozialen Dienst zeigt lediglich zwei sich ähnelnde Paare: Zum einen ähneln sich Brandenburg und Thüringen hinsichtlich der Größenordnungen ihrer Dienststellen. In beiden Ländern gibt es keine Dienststellen mit zehn oder mehr Beschäftigten; beide Länder sind geprägt von kleinen Dienststellen, in denen rd. 60% aller Beschäftigten arbeiten. Das andere „Strukturpaar“ bilden Niedersachsen und Mecklenburg-Vorpommern, wobei allerdings berücksichtigt werden muß, daß in MV der Soziale Dienst aus insgesamt 43 Personen besteht, während in NI allein 259 Personen in der Bewährungshilfe tätig sind. In beiden Ländern finden sich knapp die Hälfte der Beschäftigten in den Dienststellen mittlerer Größe, sowie 30% (NI) bzw. 24% (MV) in großen Dienststellen.

Ein erster Befund, der sich aus diesen Größenvergleichen ergibt, könnte demnach lauten: Mit den unterschiedlichen Organisationsformen – dem einheitlichen Sozialen Dienst der Justiz einerseits und der organisatorischen Trennung von Gerichts- und Bewährungshilfe andererseits – lassen sich zugleich unterschiedliche Größenstrukturen abbilden. Einander ähnelnde

Verhältnisse bei der Verteilung der Beschäftigten auf verschiedenen Dienststellen lassen sich eher zwischen Bundesländern mit einem gemeinsamen Organisationsmodell finden als zwischen Ländern mit jeweils verschiedenen Modellen.

DBH-Verzeichnis und KrimZ-Befragung

Die aus der Auswertung des Adreßverzeichnis gewonnenen Erkenntnisse können ferner dazu verwandt werden, Aussagen über die Möglichkeiten der Verallgemeinerung der KrimZ-Befragungsbefunde zu erhalten. Zwar war es aus datenschutzrechtlichen Fragen nicht möglich, die Befragung getrennt nach Dienststellen durchzuführen. Doch ermöglichte die Frage nach der Anzahl der Mitarbeiter der Dienststelle zumindest, die Befragten nach der Größe ihrer Dienststelle einzugruppieren und diese Befunde mit denen des Adreßverzeichnisses zu vergleichen. Eine derartige Überprüfung war zur Einschätzung der Repräsentativität der Ergebnisse erforderlich, da sich an der Untersuchung bundesweit nur 52% der angeschriebenen Personen beteiligten. Auch wenn sich diese Rücklaufquote angesichts des umfangreichen Fragebogens und der in sonstigen Befragungen erzielten Resultaten durchaus in einem erwartbaren Rahmen bewegt,¹⁰ ist es vor allem das unterschiedliche Antwortverhalten in den Ländern (zwischen 26 und 88%), das diese Prüfung nahelegt. Das Ergebnis dieser

Prüfung findet sich in Tab. 5. Demnach entsprechen die Verhältnisse der Befragten hinsichtlich der Größe ihrer Dienststelle fast exakt denen aller Beschäftigten.

Tab. 5: Verteilung der Beschäftigten nach Dienststellengröße

Anzahl der Beschäftigten nach Größe d. Dienststelle	DBH-Adreßverz. KrimZ-Befragung			
Bewährungshilfe und Sozialer Dienst	Anzahl	%	Anzahl	%
„klein“: 1 bis 3 Mitarbeiter	317	13,0	150	13,7
„mittel“: 4 bis 9 Mitarbeiter	1048	42,9	467	42,7
„groß“: 10 u. mehr Mitarbeiter	1080	44,1	476	43,6
Insgesamt	2445	100	1093	100

Quelle: DBH-Adreßverzeichnis, eigene Berechnungen

Angesichts der bereits erwähnten landesspezifisch sehr unterschiedlichen Rücklaufquoten war zu prüfen, ob sich diese Homogenität von Grundgesamtheit und aktiven Teilnehmern auch auf der Landesebene reproduzieren ließ. Doch sind es erstaunlicherweise nicht Länder mit einer ohnehin geringen Rücklaufquote, in denen der Vergleich Differenzen ergab. So wurde etwa in Bayern mit 62% nach Schleswig-Holstein die höchste Rücklaufquote erzielt. Es zeigte sich jedoch, daß in der Stichprobe Vertreter aus Dienststellen mittlerer Größe etwas überrepräsentiert sind, hingegen aus den großen bayerischen Dienststellen entsprechend weniger Fragebogen zurückgesandt wurden. In Niedersachsen, wo sich die Quote mit dem Bundesergebnis deckt, sind die großen Dienststellen etwas über-, die kleinen unterrepräsentiert. In Sachsen-Anhalt (Rücklauf 43%) sind Befragte aus kleinen und großen Dienststellen unerwartet stark vertreten, Befragte aus Dienststellen mittlerer Größe deutlich unterrepräsentiert.

Sicherlich sind diese Ergebnisse nicht für alle der hier vorgestellten Befunde von Belang; wenn es jedoch um Fragen der Organisation im weitesten Sinn geht, sind

¹⁰ Vgl. zu den früheren Befragungen in diesem Bereich HILJE, R. & STEINHAUSER, F. (1985). Bestandsaufnahme der Strukturen und Organisationsformen der Bewährungshilfe in der Bundesrepublik Deutschland. Beiheft Nr. 4 zum Rundbrief Soziale Arbeit und Strafrecht der DBH; KERNER, H.-J., HERMANN, D. & BOCKWOLDT, R. (1984). Straf(rest)aussetzung und Bewährungshilfe. Schriftenreihe der Deutschen Bewährungshilfe, Neue Folge, Band 2, Bonn-Bad Godesberg.

diese Besonderheiten im Antwortverhalten bei der Bewertung zu beachten.

Ergebnisse der KrimZ-Befragung – Alter und Geschlecht der Befragten

Der letzte Befund aus dem Adreßverzeichnis leitet über zu den ersten Ergebnissen der Befragung: Über eine Auswertung der im Adreßverzeichnis aufgeführten Vornamen war es möglich, die Geschlechterverteilung der Grundgesamtheit zu ermitteln. Demnach sind von den für oder in der Justiz Beschäftigten bundesweit rd. 38% weiblichen Geschlechts; der Frauenanteil in der KrimZ-Befragung beträgt 34%.

Im Hinblick auf die Frauenanteile in den Ländern fallen die Unterschiede zwischen den neuen und alten Bundesländern auf: in den fünf neuen Ländern stellen die Frauen jeweils den stärksten Anteil der Beschäftigten. In Sachsen-Anhalt und Mecklenburg-Vorpommern sind zwei von drei Beschäftigten Frauen. Für die alten Bundesländer läßt sich allenfalls in Berlin (Frauenanteil: rd. 48%) eine Gleichverteilung der Geschlechter erkennen, ansonsten dominieren hier die Männer. Für diesen Befund bietet sich jedoch eine naheliegende Erklärung an: In den neuen Bundesländern dürften bedingt durch den erst zu Beginn der 90er Jahre erfolgten Aufbau der sozialen Dienste verstärkt Altersjahrgänge zur Einstellung gelangt sein, in denen bereits bei den Bewerbern ein annäherndes Gleichgewicht der Geschlechter bestand. In den alten Ländern mit ihren über die Jahre gewachsenen Diensten sind dagegen auch ältere Einstellungsjahrgänge vertreten, in denen wiederum – den damaligen gesellschaftlichen Verhältnissen entsprechend – die Männer deutlich überrepräsentiert sind.

Deutlich erkennbar wird dies auch an den Durchschnittswerten der Altersverteilung im Vergleich der alten und neuen Länder, wobei in Tab. 6 zusätzlich nach dem Geschlecht differenziert wurde.

Tab. 6: Durchschnittliches Lebensalter nach Geschlecht und Bundesländern

Durchschn.- alter	alte Bundesl. Anzahl AlterØ (i. Jahr.)	neue Bundesl. Anzahl AlterØ (i. Jahr.)	insgesamt Anzahl AlterØ (i. Jahr.)
Männer	793 45,3	49 39,3	842 44,9
Frauen	370 39,7	58 37,9	428 39,4
Insgesamt	1163 43,5	107 38,5	1270 43,1

Frauen sind – statistisch signifikant – bundesweit im Schnitt etwa fünf Jahre jünger. Dies ist in erster Linie auf die erheblichen Altersunterschiede in den alten Bundesländern zurückzuführen. In den neuen Bundesländern sind die männlichen und weiblichen Beschäftigten nicht nur zahlenmäßig ausgewogen, sondern gleichen sich auch im durchschnittlichen Lebensalter. Die weiblichen Beschäftigten in den neuen Ländern sind nur geringfügig jünger als ihre Kolleginnen in den alten Bundesländern. Gravierende Altersunterschiede bestehen dagegen zwischen den männlichen Beschäftigten der alten und neuen Bundesländer.

In gewisser Weise lassen sich diese Zahlen reproduzieren, wenn statt nach neuen und alten Bundesländern nach der Art der Tätigkeit differenziert wird. So sind die in einem Sozialen Dienst der Justiz Beschäftigten durchschnittlich drei Jahre jünger als die Beschäftigten in der traditionell verankerten Bewährungshilfe.¹¹

¹¹ Bemerkenswert sind jedoch die Alters- und Geschlechtsunterschiede im Sozialen Dienst Berlins: Während diejenigen Berliner, die sich zum Zeitpunkt der Befragung (noch) als „traditionelle Bewährungshelfer/innen“ verstanden (N=15), unabhängig vom Geschlecht ein Durchschnittsalter von rd. 50 Jahren aufweisen, sind ihre männlichen wie weiblichen

Auch die traditionelle Gerichtshilfe unterscheidet sich hinsichtlich der Altersverteilung und der Geschlechtsverhältnisse von der traditionellen Bewährungshilfe. Unter den 126 Befragungsteilnehmern aus dem Tätigkeitsgebiet Gerichtshilfe, die zu diesem Bereich geantwortet haben, finden sich 59 Frauen (= 47%), die wiederum deutlich jünger als ihre Kollegen sind. Insgesamt ähneln die Kennwerte der Gerichtshilfe eher denen des Sozialen Dienstes als denen der Bewährungshilfe. Erklärbar könnte auch dies mit dem Umstand sein, daß Gerichtshilfestellen in größerem Umfang erst ab Mitte der 70er Jahre – und damit vergleichsweise spät – eingerichtet wurden und eine flächendeckende Besetzung entsprechender Positionen erst allmählich in den 80er Jahren eintrat.¹²

Tab. 7: Durchschnittliches Lebensalter nach Geschlecht und Tätigkeitsgebieten

Durchschn.- alter	Bewährungsh. Anzahl Alter	Gerichtshilfe Anzahl Alter	Soz. D. d. Just. Anzahl Alter
Männer	719 45,4	67 42,4	56 42,1
Frauen	320 39,5	59 38,7	49 39,5
Insgesamt	1039 43,6	126 40,7	105 40,9

Ausbildung und beruflicher Status

Sozialarbeit für oder in der Justiz setzt eine fachliche Qualifikation voraus, die in der Regel über ein Studium der Sozialarbeit bzw. Sozialpädagogik erworben wird. Entsprechend geben auf die Frage nach der Art der Ausbildung 99% der Befragten in den alten Bundesländern an, daß sie ein Studium der Sozialarbeit/-pädagogik ab-

solvieren haben. Etwa jeder fünfte von ihnen verfügt außerdem noch über einen weiteren Berufsabschluß.¹³ In den neuen Bundesländern wurde aus naheliegenden Gründen beim Aufbau der Dienste zunächst darauf verzichtet, ein einschlägiges Studium als Einstellungsvoraussetzung zu formulieren. Statt dessen absolvierte die Mehrzahl der Befragungsteilnehmer aus den neuen Bundesländern ein eigens eingerichtetes Qualifizierungsprogramm der DBH.

Im Hinblick auf den beruflichen Status der Beschäftigten sind die neuen Bundesländer offensichtlich neue Wege gegangen, wie sich aus der folgenden Tabelle 8 ergibt. Während vier von fünf Beschäftigten in den alten Ländern Beamte sind, erfolgten die Neueinstellungen in den neuen Ländern durchweg im Angestelltenverhältnis. Zwischen den alten Bundesländern gibt es einige Unterschiede: In Baden-Württemberg, Nordrhein-Westfalen und dem Sozialen Dienst in Berlin sind jeweils über 90% der Befragten verbeamtet, in Hessen, Niedersachsen, Rheinland-Pfalz und Schleswig-Holstein haben zwischen 70–75% der Beschäftigten den Beamtenstatus. In Hamburg hingegen teilt sich die Belegschaft in allen Diensten in etwa gleichstarke Gruppen von Beamten und Angestellten auf.

Tab. 8: Durchschnittliches Lebensalter nach Geschlecht und Bundesländern

Beschäftigungsverhältnis	alte Bundesl. (N=1210)	neue Bundesl. (N=117)	insgesamt (N=1327)
Beamter	81,8%	4,5%	75,2%
Angest. (unbefr.)	9,0%	73,9%	14,6%
Angest. (befristet)	6,3%	20,7%	7,5%
Beamter z.A./a. Pr.	2,8%	0,9%	2,7%
Insgesamt	100%	100%	100%

Kollegen, die (bereits) als Sozialer Dienst der Justiz Aufgaben der Bewährungs- und Gerichtshilfe wahrnehmen (N=29), mit 43 bzw. 36 Jahren Altersdurchschnitt deutlich jünger.

12 Vgl. SOHN, W. (1994). Gerichtshilfe, Bewährungshilfe und Führungsaufsicht. Eine Analyse empirischer Untersuchungen über die Sozialen Dienste in der Justiz unter dem Gesichtspunkt von Koordination und Kooperation. In: JEHL/ SOHN (Fn.1), S. 64

13 Ob es sich um Berufsabschlüsse handelt, die vor dem Studium erlangt wurden, wurde nicht erhoben. In den mei-

Beruflicher Werdegang

Für die weitaus meisten Befragten stellt die derzeitige Tätigkeit nicht die erste Berufserfahrung dar. Nur 18% aller Befragten geben an, daß sie vor ihrer Einstellung bei der Justiz noch nicht anderweitig beruflich tätig waren. Weitere 10% aller Befragten wurden nach Beendigung ihrer Berufsausbildung bei der Justiz eingestellt, hatten innerhalb der Justiz allerdings mindestens einmal ihren Aufgabenbereich gewechselt.¹⁴

Die Tab. 9 zeigt die verschiedenen Berufsverläufe. Unterschieden wurde im Hinblick auf die früheren Tätigkeiten zwischen einer ausschließlichen Beschäftigung in einem anderen Bereich der Justiz, einer

sozialarbeiterischen Tätigkeit außerhalb der Justiz sowie einer aus heutiger Sicht berufs fremden Tätigkeit, die auf einer anderen Berufsausbildung bzw. -tätigkeit gründet. Da doch ein beträchtlicher Teil der Personen sich nicht allein einem dieser Kriterien zuordnen läßt, wurden zusätzlich noch Kombinationen aus diesen drei verschiedenen Bereichen ausgewiesen.

Zunächst sind fast 1/5 direkt nach dem Studium direkt in die jetzige Berufstätigkeit eingestiegen. Unter den Personen, die vor ihrer jetzigen Tätigkeit nur in einem anderen Berufsfeld gearbeitet haben, befinden sich 45%, die nach Beendigung ihrer Ausbildung zunächst nicht bei der Justiz beschäftigt waren. In 27% der Fälle war dies eine Tätigkeit als Sozialarbeiter, die übrige

Tab. 9: Beruflicher Werdegang der Befragten

	alte Bundesländer		neue Bundesländer		insgesamt	
	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%
keine frühere Berufstätigkeit	211	18,1	15	13,8	226	17,8
frühere Berufstätigkeit						
nur in anderem Justizbereich	102	8,8	17	15,6	119	9,4
nur als Sozialarbeiter außerhalb der Justiz	310	26,7	19	17,4	329	25,9
nur in anderem Beruf (nicht als SozArb)	202	17,4	41	37,6	243	19,1
anderer Justizbereich + Sozialarbeiter außerhalb der Justiz	87	7,5	6	5,5	93	7,3
anderer Justizbereich + anderer Beruf	65	5,6	1	0,9	66	5,2
als Sozialarbeiter außerhalb der Justiz + anderer Beruf	142	12,2	6	5,5	148	11,6
anderer Justizber. + SozArb außerh. d. Justiz + anderer Beruf	44	3,8	4	3,7	48	3,8
insgesamt	1163	100	109	100	1272	100

sten Fällen ist jedoch davon auszugehen. Nur in einigen Fällen, in denen die Befragten etwa „Therapeut“ oder „Supervisor“ angaben, könnte es sich um Abschlüsse handeln, die berufsbegleitend während der jetzigen Tätigkeit erlangt wurden.

¹⁴ Der Einfachheit halber wurde die relativ verwandte Tätigkeit in der Jugendgerichtshilfe der Rubrik „Tätigkeit im Bereich der Justiz“ zugeordnet. Die hiervon betroffenen Personen fallen jedoch zahlenmäßig nicht besonders ins Gewicht. Es geht v.a. um einen Wechsel von der Gerichtshilfe oder dem Strafvollzug in die Bewährungshilfe. Ferner befinden sich unter diesen Personen auch einige, die von einer Organisationsänderung betroffen waren. Dies ist etwa der Fall in Bremen und im Saarland, wo einige Befragte angaben, daß sie zuvor in der Bewährungshilfe tätig waren. Zu diesen Personen gehören aber auch zumindest einige der rd. 17% der Beschäftigten in den neuen Ländern, die justizinternen Wechsel angeben. Dabei dürfte es sich vor allem um Personen handeln, die aus den alten in die neuen Länder gewechselt haben.

gen 17% waren in anderen Berufen beschäftigt. Erwartungsgemäß hoch mit 38% aller Beschäftigten ist der Anteil der Personen aus den neuen Bundesländern, die aus einem anderen Beruf in den sozialen Dienst der Justiz einstiegen.

Etwa jeder vierte Beschäftigte in den sozialen Diensten der Justiz (28%, unterer Teil der Tabelle) war vor seiner jetzigen Tätigkeit nicht nur in einem, sondern in mehreren anderen Bereichen beschäftigt. Hier finden sich die verschiedensten

Berufsverläufe. Am stärksten vertreten ist mit knapp 12% aller Befragten eine Gruppe von Personen, bei denen der heutigen Tätigkeit zunächst Beschäftigungen in einem anderen Beruf und eine Anstellung als Sozialarbeiter in einem anderen (justiz-externen) Bereich vorgelagert waren.¹⁵

Berufserfahrung in der derzeitigen Position

In den neuen Bundesländern bestehen die sozialen Dienste in der Justiz erst seit wenigen Jahren. Von daher ist es nicht verwunderlich, daß die Befragten aus den neuen Ländern auf die Frage, wie lange sie ihre derzeitige Tätigkeit ausüben, im Vergleich zu den alten Ländern relativ kurze Dienstzeiten angeben. 10% der Befragten arbeiten erst seit einem Jahr bei ihrer jetzigen Dienststelle, weitere 25% seit zwei Jahren und 43% seit drei Jahren. Eine deutlich andere Verteilung läßt sich in den alten Bundesländern feststellen, wie die folgende Tabelle 10 zeigt.

Hier finden sich bundesweit annähernd gleichstark besetzte Gruppen, wenn in Fünfjahresintervallen unterteilt wird. Allerdings zeigen sich auch in den alten Bundesländern Unterschiede, wenn nach der Art der Tätigkeit (Bewährungshilfe, Gerichtshilfe oder Sozialer Dienst der Justiz) differenziert wird: Die in der Bewährungshilfe Beschäftigten haben signifikant längere Dienstzeiten als ihre Kollegen/innen in der Gerichtshilfe oder dem Sozialen Dienst. Der bundesweite Durchschnitts-

wert liegt für die Bewährungshilfe bei 13,6 Jahren, während sich in der Gerichtshilfe und dem Sozialen Dienst 10,7 bzw. 9,2 Dienstjahre errechnen lassen.

Die Gerichtshilfe in den alten Bundesländern stellt sich im Hinblick auf die Dienstjahre ihrer Beschäftigten relativ einheitlich dar. Lediglich in Rheinland-Pfalz und in Schleswig-Holstein weichen die Landesdurchschnittswerte mit 4,5 bzw. 7,3 Dienstjahren vom bundesweiten Durchschnitt ab. Am anderen Ende der Rangreihe finden sich Bayern und Nordrhein-Westfalen mit einer durchschnittlichen Dienstzeit von jeweils 13 Jahren.

In der traditionellen Bewährungshilfe der alten Länder sind die Dienstzeiten der Beschäftigten aus Rheinland-Pfalz mit einem Durchschnittswert von 10,1 Jahren signifikant niedriger als die der Beschäftigten in Niedersachsen (13,7 Jahre), Bayern (13,8 Jahre), Nordrhein-Westfalen (14,0 Jahre) und Baden-Württemberg (14,8 Jahre). In allen anderen Ländern bewegt sich der jeweilige Durchschnittswert zwischen 11 und 12 Dienstjahren.

Tab. 10: Dienstzeiten in der derzeitigen Position

Dienstjahre	alte Bundesl. (N=1210)		neue Bundesl. (N=117)		insgesamt (N=1327)	
	N	%	N	%	N	%
bis 5 Dienstj.	252	21,5	103	98,0	355	27,8
6 bis 10 Jahre	204	17,4	1	1,0	205	16,1
11 bis 15 Jahre	272	23,2			272	21,3
16 bis 20 Jahre	266	22,7			266	20,9
21 oder mehr J.	176	15,0	1	1,0	177	13,9
Mittelwert i. J.		13,1		2,9		12,1

Berufliche Fort- und Weiterbildung

Ein weiterer Fragebereich zielte auf Qualifikationen, die zusätzlich zum Studium über Fort- oder Weiterbildungsmaßnahmen ge-

¹⁵ Bei dieser Auflistung handelt es sich lediglich um die einzelnen Stationen des Berufsweges, die natürlich jeweils unterschiedlich lang sein können. Auf eine ausführlichere Darstellung der mit den einzelnen Stationen verbundenen Berufserfahrungen wird aus Gründen der Übersichtlichkeit verzichtet.

wonnen wurden. Bei der Frageformulierung wurde angesichts der Vielfalt möglicher Weiterbildungen eine Begrenzung auf Maßnahmen vorgenommen, die als im engeren Sinne berufsbezogen bezeichnet werden können und für die ein Zertifikat erteilt wurde.¹⁶ Ein weiterer Grund für die Nichtberücksichtigung war, daß einige Teilnehmer aus den neuen Ländern zusätzlich zum Qualifizierungsprogramm noch an anderen Weiterbildungen teilgenommen hatten, was die Darstellung der Ergebnisse erheblich komplizierte.¹⁷

Bei der nachfolgenden Tabelle findet sich eine zusammengefaßte und auf die einzelne Person bezogene Darstellung der Fortbildungsprofile. Etwas vereinfachend lassen sich drei unterschiedliche Gruppen erkennen: die erste Gruppe besteht aus etwa 40% aller Befragten, die bisher noch an keiner Fort- bzw. Weiterbildungsveranstaltung teilgenommen haben. Darunter finden sich 3/4 aller Beschäftigten in den neuen Ländern, allerdings nur bei Nichtberücksichtigung der Teilnahme am Qualifizierungsprogramm der DBH. Eine

Tab. 11: Berufliche Fort- und Weiterbildung mit Zertifikat

Fort- und Weiterbildungsmaßnahmen (mit Zertifikat, ohne Qualifizierungsprogramm neue Bundesländer)	alte Bundesländer		neue Bundesländer		insgesamt	
	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%
keine der aufgeführten Fort- oder Weiterbildungsmaßnahmen	389	38,7	53	75,7	442	41,1
Fort-/Weiterbildung(en) im Bereich ...						
Methoden der Sozialarbeit, Gesprächsführung, Diagnostik	146	14,5	3	4,3	149	13,9
psychtherapeutische Methoden	53	5,3	1	1,4	54	5,0
Sucht-, Schulden- oder andere Beratungsbereiche	104	10,4	6	8,6	110	10,2
Methoden der Sozialarbeit, ... und Psychotherapie	75	7,5	-	-	75	7,0
Methoden der Sozialarbeit, ... und Beratung	147	14,6	5	7,1	152	14,2
Methoden der Sozialarbeit, ... und Psychotherapie und Beratung	90	9,0	2	2,9	92	8,6
insgesamt	1004	100	70	100	1074	100

16 Einige Teilnehmer der Befragung monierten die Einschränkung auf berufsbezogene Weiterbildung mit Zertifikat. Angesichts des auch in qualitativer Hinsicht vielfältigen Weiterbildungsangebots – etwa im psychosozialen Bereich – erschien uns jedoch eine Beschränkung angebracht, auch wenn die Ausstellung eines Zertifikats möglicherweise nur ein Qualitätsmerkmal unter vielen darstellt. Als Antwortmöglichkeiten waren vorgesehen: Sozialpädagogische Methoden, Methoden der Gesprächsführung, Psychosoziale Diagnostik (in Tab. 11 zusammengefaßt zu „Methoden der Sozialarbeit“), Verhaltenstherapeutisches Vorgehen, Gesprächspsychotherapie, psychoanalytisch orientierte Methoden, sonstige psychotherapeutische Methoden (in Tab. 11: „Psychotherapie“), Sucht-, Schuldnerberatung, sonstige spezielle Beratungsbereiche (Tab. 11: „Beratung“). Ferner sah die Frage eine offene Antwortkategorie vor, die hier nicht wiedergegeben wird. Außerdem wurde nach der Teilnahme an einem Qualifizierungsprogramm für die neuen Bundesländer gefragt. Da es sich hierbei jedoch nicht um eine Weiterbildung im engeren Sinn, sondern wohl eher um eine Basisqualifikation anstelle des fehlenden Fachhochschulabschlusses handelt, finden sich die diesbezüglichen Ergebnisse nicht in der Tab. 11.

17 Daher sei an dieser Stelle erwähnt, daß von den 117 Befragten aus den neuen Ländern insgesamt 76 Personen (=65%) an einem der Qualifizierungsprogramme der DBH teilgenommen haben.

zweite Gruppe, zu der knapp 30% aller Befragten gehören, hat sich bei Entscheidung möglicher Zusatzqualifikationen inhaltlich auf einen bestimmten Bereich (Methoden der Sozialarbeit, Psychotherapie oder Beratung) konzentriert. In der dritten Gruppe mit ebenfalls rd. 30% der Befragten finden sich diejenigen Personen, die Veranstaltungen aus inhaltlich verschiedenen Bereichen gewählt haben. Etwa die Hälfte von ihnen hat sich für eine Kombination aus Methoden der Sozialarbeit (und hier vor allem Methoden der Gesprächsführung) und einer Beratung für spezielle Problembereiche entschieden.

Die unterschiedlichen Anforderungen in der Gerichts- und Bewährungshilfe bringen auch unterschiedliche Gewichtungen bei der Auswahl der Weiterbildungs-

maßnahmen mit sich. Bei der gesonderten Betrachtung der traditionellen Gerichtshilfe in den alten Ländern fällt allerdings zunächst auf, daß in Bayern, Hessen und Nordrhein-Westfalen knapp die Hälfte der in der Gerichtshilfe Beschäftigten bisher noch keine berufsbezogene Weiterbildung mit Zertifikat absolviert hat. Generell überwiegen die Veranstaltungen, die Methoden der Sozialarbeit zum Inhalt haben. Diese Kenntnisse werden recht häufig durch Lehrgänge im Beratungsbereich ergänzt. In Baden-Württemberg läßt sich dabei ein deutlicher Schwerpunkt allein auf den Methoden der Sozialarbeit erkennen: 46% der baden-württembergischen Gerichtshelfer konzentrierten ihre Fortbildungen auf die Bereiche der Gesprächsführung, Diagnostik und allgemeine sozialpädagogische Methoden.

Im Bereich der Bewährungshilfe (auch hier: nur die alten Bundesländer) streut der Anteil derjenigen Personen, die bisher an keiner zertifizierten Fortbildung teilgenommen haben, zwischen rd. 10% in Berlin (beide Behörden) und rd. 57% in der Bewährungshilfe Schleswig-Holsteins. Auch im Saarland gibt die Hälfte der Befragten an, bisher keine derartige Fortbildung absolviert zu haben. In der rheinland-pfälzischen und der hamburgischen Bewährungshilfe (beide Behörden) läßt sich im Bereich der Beratungsangebote ein gewisser Auswahlsschwerpunkt erkennen: jeweils die Mehrzahl aller Befragten in beiden Ländern hat diesbezügliche Lehrgänge absolviert. Psychotherapeutische Verfahren spielen in Rheinland-Pfalz (9% aller Nennungen), dem Saarland (16%) und Schleswig-Holstein (15%) bei der Auswahl der Fortbildungen eine eher untergeordnete Rolle, ganz anders als etwa in Bayern, Baden-Württemberg, Berlin, Hessen und

Niedersachsen, wo mindestens jeder vierte Beschäftigte sich im Bereich der Psychotherapie fortgebildet hat. In der Regel haben Personen mit einer psychotherapeutischen Zusatzausbildung jedoch mindestens eine weitere Ausbildung aus dem Bereich der Beratung oder den Methoden belegt. Als ausgesprochen „weiterbildungsfreudig“ lassen sich die Beschäftigten in den Großstädten Berlin und Hamburg kennzeichnen: Dies belegt nicht nur die im Bundesvergleich hohe Quote von Teilnehmern an Fortbildungsveranstaltungen, sondern auch die Zahl der besuchten Lehrgänge. Mehr als die Hälfte der jeweiligen Beschäftigten in beiden Städten hat an drei oder mehr Fortbildungen teilgenommen.¹⁸

Dieser Befund für die Großstädte Hamburg und Berlin läßt sich jedoch leicht deuten. Zum einen dürfte in diesen Städten ein größeres Angebot an Fort- und Weiterbildungsmaßnahmen existieren und zum anderen können die Kosten durch die kurzen Wege bzw. nicht anfallenden Übernachtungskosten für die Teilnehmer, aber auch für den Dienstherrn, im Vergleich zu den Flächenländern eher gering gehalten werden. Nur 5% aller Befragten, die an einer Fortbildung teilgenommen haben, gaben an, daß diese in keiner Weise von ihrem Dienstherrn unterstützt wurde. Ob im Einzelfall eine (teilweise) Freistellung vom Dienst, eine (teilweise) Kostenübernahme oder eine Kombination aus beiden Möglichkeiten vom Dienstherrn gewährt wurde, dürfte wohl auch von der Einschlägigkeit der gewählten Maßnahme abhängen. 62% aller Fortbildungsabsolventen gaben an, daß sie vom Dienst freigestellt

18 Zum Vergleich: Für die Bewährungshilfe Schleswig-Holsteins läßt sich ein Wert von 0,9 Veranstaltungen je Gerichtshelfer errechnen, in Nordrhein-Westfalen ein Durchschnittswert von 1,1 Veranstaltungen.

wurden, 33% erhielten zur Freistellung noch finanzielle Zuwendungen. Daß nicht nur in Hamburg und Berlin, sondern auch in Bremen bei Weiterbildungen häufiger als in anderen Ländern finanzielle Zuwendungen vom Dienstherrn gewährt wurden, dürfte wiederum mit den besonderen Bedingungen (kurze Wege, keine Übernachtungskosten = geringe Kosten für den Dienstherrn) in den Stadtstaaten zusammenhängen.

Ausblick

Mit der KrimZ-Befragung wurde umfangreiches Material über das Arbeitsfeld der sozialen Dienste der Justiz zusammengetragen, das einen erheblichen Erkenntnisgewinn über die Tätigkeiten, die Anforderungen und aktuellen Probleme sozialer Strafrechtspflege erwarten läßt. Erste Auswertungen zu den biographischen Daten und den organisatorischen Rahmenbedingungen der Arbeit bei der Justiz zeigen eine Vielfalt von Entwicklungen, die eine bundesweit gültige Zustandsbeschreibung dieses Tätigkeitsgebietes eher erschweren denn erleichtern. In den weiteren Aus-

wertungsschritten¹⁹ wird daher besonderer Wert auf die landesspezifischen Verhältnisse gelegt. Darüber hinaus erscheint es am ehesten angebracht, nach den Organisationsformen – Bewährungshilfe, Gerichtshilfe, Sozialer Dienst der Justiz – zu differenzieren. Als tragfähig für weitere Auswertungen hat sich auch – den biographischen Daten zufolge – eine Trennung der alten und neuen Bundesländer erwiesen. Eine realitätsgerechte Zusammenschau der zu Tage getretenen unterschiedlichen Entwicklungen eröffnet zugleich Perspektiven für die künftige Diskussion zur Fortentwicklung der Sozialen Dienste in der Justiz.

Dr. MARTIN KURZE

Dipl.-Soz.

ist wissenschaftlicher Mitarbeiter der
Kriminologischen Zentralstelle e.V.

in Wiesbaden

und betreut das Forschungsprojekt zu den
Sozialen Diensten der Justiz

Anschrift:

KrimZ

Adolfsallee 32

65185 Wiesbaden

¹⁹ Vgl. auch KURZE (Fn. 9)